

■ 1 Einleitung Deutschland im Herbst

Wenig Anlass zur Freude geben konjunktureller Status quo und die Perspektiven für die nahe Zukunft. Wie das gesamte Bruttoinlandsprodukt bewegen sich auch die anderen Zahlen zu wichtigen volkswirtschaftlichen Parametern mit ihren Veränderungsdaten dicht über oder unter der Nulllinie. Beim Rückblick auf die ersten sechs Monate dieses Jahres ist mit einem saisonbereinigten realen BIP von plus 0,3 Prozent zwar ein leichter Zugewinn gegenüber den Negativraten der letzten Quartale des Vorjahres zu registrieren – dies allerdings schon als Befestigung der konjunkturellen Erholung im laufenden Jahr zu bezeichnen, wäre recht euphemistisch. Ein wenig Licht flackert durchaus am Ende des vielberufenen Tunnels: Der private Konsum zeigt leichte Tendenzen einer Erholung. Die Exporte haben – wenn auch nicht in alter Dynamik – wieder zulegen können. Unübersehbar bleiben die Schatten. Der Rückgang der Beschäftigung und mehr als vier Millionen Arbeitslose zeigen, wie kraftlos die Wirtschaftslage sich darstellt. Weitere Faktoren, die das gesamtwirtschaftliche Klima prägen: Die fortlaufenden Rückgänge im Baugewerbe, die nichtanspringenden Investitionen und die Misere des Einzelhandels.

Die Situation der beiden genannten Wirtschaftsbereiche führt direkt zur Lage des Mittelstandes: Bauhauptgewerbe und Einzelhandel, zumindest der Facheinzelhandel, sind immer noch von mittelständischen Strukturen geprägt. Hier lässt sich auch konjunkturell festmachen, wie schlecht es den Unternehmen in dieser Größe geht. Es besteht der Eindruck, dass das "Grau in Grau" der Konjunktur beim Mittelstand noch etwas düsterer ausfällt.

Der Mittelstand hat viele Anwälte; gerade im Wahlkampf beriefen sich alle auf ihn. Es ist nicht nur die Konjunktur, die zu schaffen macht. Auch das eigentümlich stimmungsverhangene und strukturell Erstarrte, unter dem Deutschlands Ökonomie leidet, findet im unternehmerischen Mittelstand besonders scharfe Ausprägung. Nach der Bundestagswahl bleibt die

***Schlechte Konjunktur:
Der Mittelstand trägt die
Lasten***

Hoffnung, dass es gelingt, Verkrustungen aufzubrechen und gerade den beweglicheren kleinen und mittleren Unternehmen wieder Spielraum zu verschaffen, der die Möglichkeit gibt, zu neuen Ufern aufzubrechen. Der Weg zu diesen Veränderungen ist für Deutschlands traditionsreichen Mittelstand kein einfacher. Mit einem Verharren in diesem Herbst aber würde unweigerlich eine Eiszeit anbrechen, die der Mittelstand nicht überleben würde.

■ 2 Die aktuelle konjunkturelle Situation des Mittelstandes im Herbst 2002

2.1 Geschäftslage

Die Frage nach der Geschäftslage als dem allgemeinen Maßstab für die wirtschaftliche Situation haben die Betriebe mit den schlechtesten Noten seit Jahren beantwortet. Per Saldo überwiegen zum ersten Mal die mangelhaften und ungenügenden Bewertungen die sehr guten und guten (negativ: 22,0 Prozent; positiv: 20,6 Prozent). Wer in dieser massiven Verschlechterung noch Gutes sucht, mag es darin finden, dass die rund zwölf Prozentpunkte, die den guten Bewertungen gegenüber dem Vorjahr jetzt fehlen, nicht nur zu den schlechten Noten „gewandert“ sind, sondern zur Hälfte auch ins mittlere Feld einer befriedigenden und ausreichenden Aussage (2001: 51,2 Prozent; 2002: 57,0 Prozent).

Schlechtes Klima

Tab. 1: Geschäftslage im Mittelstand

■	sehr gut – gut	20,6 (32,7)
	befriedigend – ausreichend	57,0 (51,2)
	mangelhaft – ungenügend	22,0 (16,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Der Ifo-Geschäftsklimaindex, der sich für den September zum vierten Mal in allmonatlicher Folge verschlechtert, zeigt – bei einem weitaus geringeren negativen Ausschlag am aktuellen Rand – doch eine Parallele zur vorliegenden Befragung. Die Betriebe weisen in beiden Umfragen in Westdeutschland ein schlechteres Bild als im Osten auf. Während 14,7 Prozent der westdeutschen Mittelständler noch ein positi-

ves Votum abgeben, sind es in Ostdeutschland 20,0 Prozent. Und auch die negativen Bewertungen liegen in Ostdeutschland deutlich geringer (20,6 Prozent) als in Westdeutschland (22,3 Prozent). Die neuen Länder stecken immer noch in schwierigen Strukturveränderungen. Während der industrielle Bereich durchaus aufholt und weitere Optionen aufweist, sind andere „tragende“ Sektoren wie das Baugewerbe „übergründet“ und bedürfen einer Bereinigung. Dennoch bleibt die positivere Einschätzung des ostdeutschen Mittelstandes bemerkenswert. Ist doch insgesamt die Wirtschaftsleistung seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre unter westdeutsche Zuwachsraten gesunken.

Lage im Osten besser bewertet

Markante Verschlechterungen der Bewertungen in Deutschlands Mittelstand haben alle Branchen erfasst, dabei ist die Fallhöhe durchaus unterschiedlich. Bau und Handel weisen mit 14,6 bzw. 16,5 Prozent guter Noten für die Geschäftslage den geringsten Anteil erfreulicher Urteile auf. Immerhin können das Verarbeitende Gewerbe und die Dienstleister auch nach tiefem Sturz noch einen positiven Saldo vorweisen. Das Verarbeitende Gewerbe ist bei den positiven Aussagen binnen Jahresfrist von 35,1 auf 23,8 Prozent abgesunken, der Saldo beträgt noch plus 1,2 Prozent; im Dienstleistungsbereich wurde mit 16,3 Prozentpunkten der schärfste Einbruch markiert, hier beträgt der positive Saldo noch 4,4 Prozentpunkte.

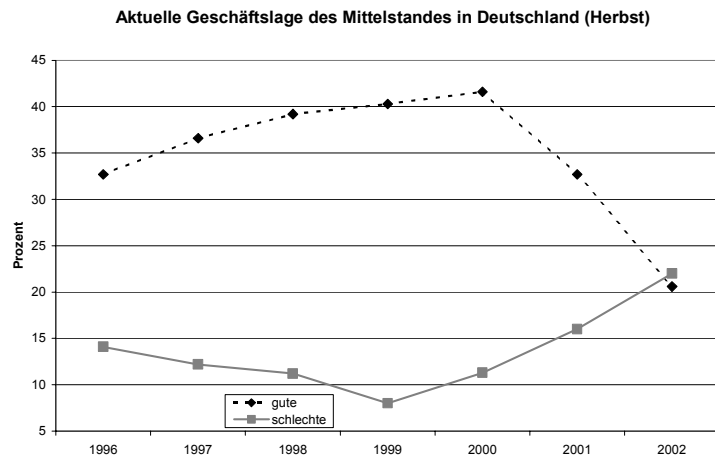
Tab. 2: Geschäftslage der Hauptwirtschaftsbereiche

■	sehr gut und gut	befriedigend und ausreichend	mangelhaft und ungenügend
Verarb. Gewerbe	23,8 (35,1)	52,9 (51,3)	22,6 (13,5)
Bau	14,6 (31,8)	59,5 (49,9)	25,2 (18,3)
Handel	16,5 (25,6)	57,6 (56,2)	25,9 (18,1)
Dienstleistungen	22,7 (39,0)	58,6 (46,1)	18,3 (14,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Es ist vor allem der Einzelhandel, der zu 34,4 Prozent schlechte Noten abliefern. Überdurchschnittlich positiv äußern sich der industrielle Bereich Elektrotechnik (35,6 Prozent) und – trotz der Krise – das Kredit- und

Versicherungsgewerbe mit immerhin 29,5 Prozent. Der unternehmensnahe Dienstleistungssektor „Forschung/Entwicklung“ kommt sogar auf 35,5 Prozent guter Bewertungen zur aktuellen Geschäftslage. Dieser sich resistent erweisende Branchenbereich hat allerdings nur einen sehr geringen Anteil an der Grundgesamtheit dieser Befragung.



2.2 Umsatzsituation

Mag die Frage nach der Geschäftslage ein „Stimmungsbarometer“ darstellen, so gibt die Umsatzentwicklung des letzten halben Jahres einen konkreten Hinweis auf die betriebliche Situation des Mittelstandes, mit dem zu rechnen ist. So stellt der Einbruch bei den Angaben zur Umsatzentwicklung der letzten sechs Monate ein reales betriebswirtschaftliches Faktum dar: Die Zahl mittelständischer Betriebe, die steigende Umsätze registrieren, hat sich gegenüber dem Vorjahr fast halbiert (2001: 33,9 Prozent; 2002: 17,9 Prozent); sinkende Umsätze haben in diesem Jahr 42,9 der Befragten zu verkraften, im Vorjahr waren es 31,3 Prozent.

Umsatz knickt ein

Tab. 3: Umsatzentwicklung im Mittelstand

■	gestiegen	17,9 (33,9)
	stabil	38,4 (34,7)
	gesunken	42,9 (31,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Situation bei den Umsätzen ist in Westdeutschland weniger stabil als im Osten. 18,2 Prozent der Unternehmer verweisen auf steigende Umsätze im Westen – im Osten sind es 16,6 Prozent. Auf der anderen Seite stehen in Westdeutschland 43,5 Prozent mit sinkenden Umsätzen, während in Ostdeutschland nur 39,1 Prozent der Unternehmen von rückläufigen Umsätzen betroffen sind. Insgesamt sprechen im Westen 37,6 Prozent von einer gleichbleibenden Umsatzsituation; im Osten sind es 43,7 Prozent.

Die Umsätze haben über alle Branchen hinweg nachgegeben; dabei blieb die Reihenfolge der Hauptwirtschaftsbereiche erhalten: Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleister liegen immer noch vor Bau und Handel, wenn es um Umsatzsteigerungen geht.

Tab. 4: Umsatzentwicklung der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	19,8 (38,1)	34,9 (32,7)	44,9 (29,2)
Bau	15,0 (28,3)	42,6 (39,4)	40,9 (32,3)
Handel	16,3 (28,7)	33,6 (34,1)	50,1 (36,9)
Dienstleistungen	18,6 (35,1)	41,8 (37,8)	38,5 (26,8)

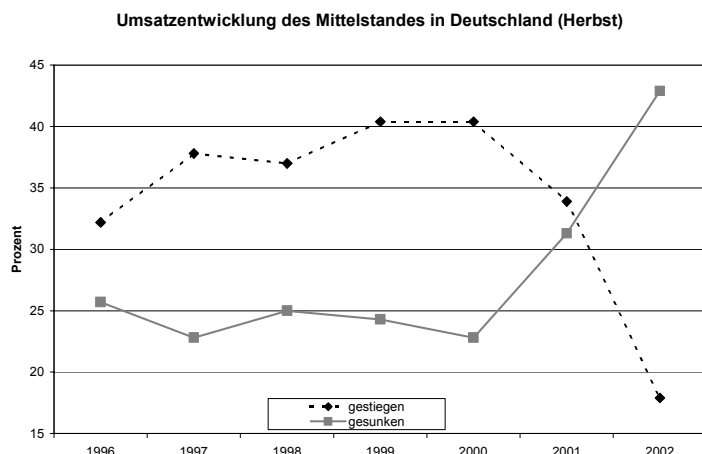
Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

An die Spitze der negativen Umsatzentwicklung hat sich der Handel gesetzt: 50,1 Prozent der Handelsbetriebe in Deutschland haben Umsatzrückgänge hinzunehmen (Vorjahr: 36,9 Prozent). Eine aktuelle Umfrage des BGA (Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels) spricht von rund 70 Prozent der Unternehmen, die über stagnierende Umsätze klagen. Tatsächlich sind es in der vorliegenden Untersuchung sogar 77 Prozent, die von gleichbleibenden oder gesunkenen Umsätzen im mittelständischen Großhandel sprechen. Aber noch krisenhafter ist die Umsatzsituation im Einzelhandel: Nur 9,9 Prozent der befragten Mittelständler im Einzelhandel Deutschlands haben noch steigende Umsätze vorzuweisen – 57,6 Prozent verweisen auf sinkende Umsätze. Im ersten Halbjahr 2002 hat der klassische Einzelhandel nur noch 174,4 Mrd. Euro umgesetzt. Das waren 8,5 Mrd. Euro oder 4,7 Prozent weniger als im ersten Halbjahr 2001.

Der Einzelhandel am Boden

Nimmt man die Preissteigerungsrate von gut einem Prozent im Durchschnitt des ersten Halbjahres hinzu, fehlen bei realer Rechnung weitere 2,0 Mrd. Euro. Der HDE meldet, dass 80 Prozent der Einzelhändler in seinem Verband rückläufige Umsätze konstatieren.

Das Bauhauptgewerbe – mittelständisch geprägt wie kaum ein Wirtschaftsbereich – bleibt im Tal: Hat es im ersten Quartal 2002 noch so ausgesehen, als würde der Rückgang gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres geringer, so hat er sich im zweiten Quartal wieder deutlich vergrößert. Im Streiflicht gibt der monatliche Konjunkturbericht der Bundesbank vom September die Situation wider: Im gewerblichen Bau sind die Geschäftsabschlüsse „schwach ausgefallen“, öffentliche Auftraggeber haben sich in den „letzten Monaten spürbar zurückgehalten“ und im Wohnungsbau hat sich „der Auftragsfluss jedoch wieder verengt“.



Dabei gelang es dem Bausektor als einzigem, den Anteil der Betriebe, die höhere Preise verlangen, zu erhöhen. Doch mit der Steigerung um einen Prozentpunkt (2001: 9,8 Prozent; 2002: 10,8 Prozent) befindet man sich immer noch am unteren Ende der Skala unter den Branchen. 30,6 Prozent der deutschen Mittelständler sprechen sogar von sinkenden Preisen. Angesichts der rückläufigen Entwicklung bei den Preissteigerungsraten sehen viele schon das Menetekel japanischer Verhältnisse, bei denen die Verbraucherpreise in den letzten Jahren zwischen minus 0,3 und minus 1,6 in den Quartalen schwanken. Angesichts der steigenden Sparneigung – entgegen dem längeren

Japanische Verhältnisse?

Trend haben die Deutschen 37 Prozent des Einkommenszuwachses im ersten Halbjahr 2002 gespart – und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit werden die Mittelständler ihre Preise auch nicht erhöhen können. Immerhin bleiben auch die Erzeugerpreise konstant bis leicht rückläufig.

Tab. 5: Gestiegene Angebotspreise

■	Verarbeitendes Gewerbe	12,4 (15,0)
	Bau	10,8 (9,8)
	Handel	16,2 (20,0)
	Dienstleistungen	10,2 (13,8)
	Gesamt	12,1 (15,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Selbst eine Dienstleistungsbranche wie der unternehmensnahe Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie wird nach eigener Aussage seinen Saldo von Preiserhöhungen und –reduzierungen von aktuell minus 17,5 Prozent in Zukunft auf minus 20,6 Prozent ausbauen müssen.

2.3 Arbeitsmarkt

Wie angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage nicht anders zu erwarten, hat sich der Arbeitsmarkt bei mittelständischen Unternehmen verengt. Von Personalaufstockungen sprechen nur noch 16,3 Prozent der Betriebe (Vorjahr: 22,3 Prozent). War es bei den Parametern „Geschäftslage“ oder „Umsätze“ beim Einbruch positiver Bewertungen immerhin auch zu einer Verstärkung der neutralen oder gleichbleibenden Situation gekommen, so hat sich beim Personalbestand das eindeutig negative Votum stark vergrößert. Von einem innerhalb des letzten halben Jahres reduzierten Personalbestand sprechen 32,4 Prozent der Mittelständler in Deutschland – vor einem Jahr waren es 24,5 Prozent. Eine unveränderte Personaldecke weisen 50,8 Prozent der Befragten gegenüber 53,2 Prozent im Jahre 2001 in diesem Jahr aus.

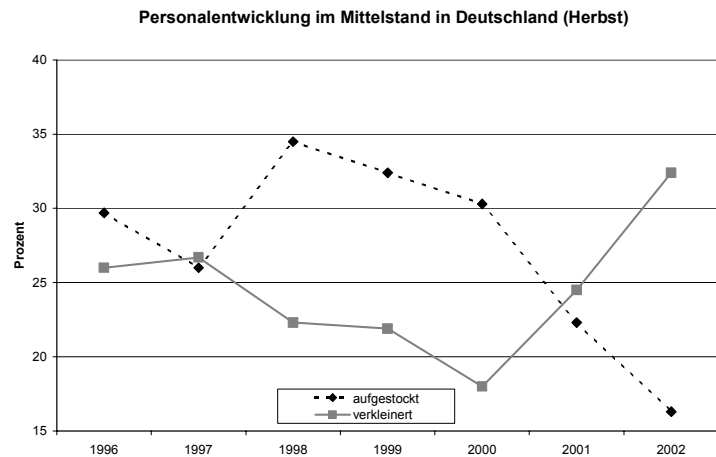
Personaldecke wird dünner

Tab. 6: Personalbestand im Mittelstand

■	aufgestockt	16,3 (22,3)
	unverändert	50,8 (53,2)
	verkleinert	32,4 (24,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Schon einmal 1997 und bereits im Vorjahr war es beim größten „Arbeitgeber der Nation“ zu einem negativen Saldo aus Personaleinstellungen und –freisetzungen gekommen. Waren es 1997 aber nur minus 0,7 Prozent und im Vorjahr minus 2,2 Prozent, so öffnet sich die Schere in diesem Jahr sehr weit: 16,1 Prozent liegt der Beschäftigungssaldo im Minus.



Der Arbeitsmarkt hat im Wahlkampf eine wichtige Rolle gespielt – eine entscheidende aber wohl nicht. Dabei geht es nicht nur um 4,02 Millionen Arbeitslose, die eine Arbeitslosenquote von 9,6 Prozent bedeuten, sondern um die rückläufigen Beschäftigtenzahlen. Angesichts dieser Situation und der Tatsache, dass der Mittelstand immer noch rund 60 Prozent der Erwerbstätigen in seinen Unternehmen beschäftigt, bleibt zu fragen: Kann sich der Mittelstand seine Mitarbeiter noch leisten?

Mitarbeiter zu teuer?

Während Unternehmen in einer Umsatzgröße von 500.000 bis 5,0 Mio. Euro mehr als ein Viertel ihres Umsatzes für Löhne, Gehälter und Personalzusatzkosten aufwenden, sind es bei Großunternehmen nur 18,8 Prozent.

Den schlechtesten Saldo unter Branchengesichtspunkten weist der Handel auf: Während nur 11,8 Prozent noch weiteres Personal ins Unternehmen zu holen vermögen, sehen sich 35,9 Prozent zu einer Reduzierung ihrer Mitarbeiterzahl veranlasst. Negative Entwicklungen gibt es auch im Dienstleistungsbereich, immerhin noch auf höherem Niveau als in den anderen Branchen: 18,9 Prozent der Betriebe berichten von Personalaufstockungen, 27,7 Prozent von einer kleineren Personaldecke.

Tab. 7: Personalbestand der Hauptwirtschaftsbereiche

■	aufgestockt	unverändert	verkleinert
Verarb. Gewerbe	17,5 (25,0)	47,2 (53,2)	34,9 (21,8)
Bau	13,5 (18,4)	50,8 (50,4)	34,9 (31,1)
Handel	11,8 (18,3)	52,3 (57,2)	35,9 (24,5)
Dienstleistungen	18,9 (27,2)	52,6 (50,4)	27,7 (22,0)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Verarbeitende Gewerbe, das sich zusammen mit den Dienstleistern bei anderen Größen noch relativ gut aufstellte, liegt bei der Freisetzung von Mitarbeitern auf dem Niveau von Bau und Handel. 34,9 Prozent der Befragten aus dem Verarbeitenden Gewerbe geben an, ihren Personalstamm im letzten halben Jahr verkleinert zu haben. Das Handwerk als Mittelständler „par Excellence“ weist tatsächlich im Juni 2002 5,8 Prozent weniger Beschäftigte auf als im Juni des Vorjahres.

■ 3 Erwartungen des Mittelstandes

3.1 Die weitere Entwicklung der Umsätze

Auf dem Boden der beschriebenen schwachen Wirtschaftsentwicklung der vergangenen sechs Monate gewährt sich der Mittelstand wenig Hoffnung auf eine Besserung bis zum Frühjahr 2003. Um mehr als zehn Prozentpunkte – von 28,9 Prozent auf 18,3 Prozent der Befragten – ist der Optimismus im Hinblick auf weiter steigende Umsätze gefallen. Im Vorjahr fürchteten 24,7 Prozent der KMU sinkende Umsätze; 28,8 Prozent hegen diese Ängste im Herbst 2002. Vergrößert hat sich der Anteil der Unternehmen, die für die

Zukunft zumindest eine stabile Umsatzsituation erwarten: Von gleichbleibenden Umsätzen gehen 52,3 Prozent der Betriebe aus (Vorjahr: 46,0 Prozent).

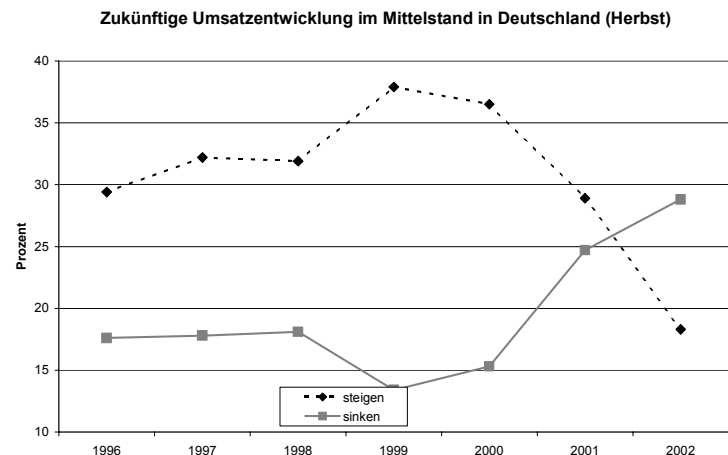
Tab. 8: Umsatzerwartungen im Mittelstand

■	steigend	18,3 (28,9)
	stabil	52,3 (46,0)
	sinkend	28,8 (24,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Schnittpunkt der Hoffnungslosigkeit

Der Verlauf der Kurven, bestimmt von den Werten der letzten Jahre, zeigt bei den Umsatzerwartungen das gleiche Bild wie bei anderen Parametern der Konjunktur des Mittelstandes: Eine positive Entwicklung mit einem Höhepunkt im Jahre 1999 und noch 2000, die dann abrupt 2001 und noch verstärkt 2002 abreißt. In diesem Jahr schneiden sich positive und negative Aussagen zu Ungunsten der positiven Bewertungen. So liegt auch bei den Umsatzerwartungen ein negativer Saldo von minus 10,5 Prozent vor.



Einen Erklärungsansatz für die eindeutig pessimistische Stimmung bieten vielleicht die Erwartungen, wie sie sich in der Frühjahrsbefragung des Mittelstandes zeigten: Vor einem halben Jahr hatten 33,3 Prozent der KMU auf steigende Umsätze gesetzt, 26,4 Prozent befürchteten Umsatzrückgänge. Wie in Kapitel 2.2 ausgeführt, haben schließlich nur 17,9 Prozent tatsächlich Umsatzsteigerungen registrieren können – 42,9 Prozent hatten Umsatzrückgänge zu verkraften. Im Frühjahr war noch viel vom „Aufschwung im Herbst“

die Rede – die Enttäuschung über das Ausbleiben der guten Konjunktur prägt wohl die aktuelle Stimmung bei den weiteren Erwartungen.

Die Befürchtungen haben in allen Wirtschaftsbereichen zugenommen, die Hoffnungen sind in allen Branchen geringer geworden. Bau und Handel finden sich mit ihren Aussagen am Fuße der Leiter: 14,1 Prozent (Bau) bzw. 14,3 Prozent (Handel) setzen noch auf steigende Umsätze; Umsatzrückgänge drohen 34,4 Prozent (Bau) bzw. 32,0 Prozent (Handel) der Betriebe. Auch wenn die Dienstleister unter den Branchen noch am besten abschneiden (steigende Umsätze: 21,6 Prozent; sinkende Umsätze: 24,2 Prozent), so zeigen sie mit ihrem negativen Saldo doch auch ein Bild der Kraftlosigkeit. Die unverhohlenen Pessimisten finden sich unter den Einzelhändlern: Hier können nur noch 9,9 Prozent der Betriebe Umsatzsteigerungen für die Zukunft ausmachen; 38,8 Prozent fürchten (weitere) Umsatzrückgänge.

Auch Dienstleister gedämpft

Tab. 9: Umsatzerwartungen der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	sinkend
Verarb. Gewerbe	19,2 (30,2)	50,6 (47,7)	29,8 (22,2)
Bau	14,1 (19,2)	50,8 (47,3)	34,4 (33,0)
Handel	14,3 (30,9)	53,7 (44,9)	32,0 (23,4)
Dienstleistungen	21,6 (32,6)	53,4 (44,6)	24,2 (22,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Der Umsatzpessimismus des Mittelstandes ist nicht nur bestimmt von der Erwartung einer geringen Zahl von Geschäftsabschlüssen und Aufträgen, sondern auch von deflationären Tendenzen bei den Angebotspreisen. Es überwiegen die Perspektiven sinkender Preise (17,8 Prozent) die der Preiserhöhungen (10,8 Prozent).

Tab. 10: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise

■	steigen	10,8 (31,1)
	gleich bleiben	70,3 (50,8)
	sinken	17,8 (17,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

**... und jetzt noch ein
Ölpreisschock**

Es sind nicht nur die Preise auf der Endstufe der Verbraucher, die kaum noch steigen; auch die bestimmenden Größen industrielle Erzeugerpreise oder die Preise für Einfuhren zeigen sich stark gedämpft. Kritisch könnte die Situation für die kleinen und mittleren Betriebe werden, wenn bei den Einkaufs- und Angebotspreisen der Betriebe auf der „Nulllinie“ ein rasender Anstieg der Energiekosten durch eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Irak hinzukäme. Berechnungen, die den Anstieg des Rohölpreises als Minderung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in Relation darstellen, liegen bereits vor.

Tab. 11: Voraussichtliche Entwicklung der Angebotspreise in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	steigen	gleich bleiben	sinken
Verarb. Gewerbe	13,7 (26,1)	68,4 (55,2)	17,0 (17,3)
Bau	8,9 (21,4)	67,5 (50,8)	22,9 (27,3)
Handel	10,9 (41,6)	68,8 (45,3)	20,3 (12,8)
Dienstleistungen	9,3 (31,4)	73,7 (52,8)	15,0 (15,5)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

3.2 Erwartungen zum Personalbestand

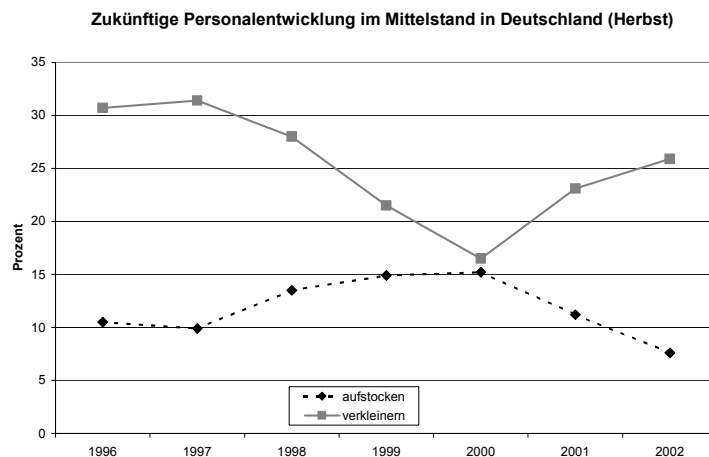
Immerhin eine gute Nachricht geben die Mittelständler zum Arbeitsmarkt: Die Zahl der Betriebe, die ihren Mitarbeiterstamm auch in Zukunft unverändert halten will, hat sich nicht verändert: 65,7 Prozent der Unternehmen werden ihre Produktion auch im nächsten halben Jahr mit der gleichen Anzahl von Beschäftigten schaffen (Vorjahr: 65,4 Prozent). Nur noch 7,6 Prozent denken allerdings an eine Aufstockung ihres Personalbestandes in näherer Zukunft (2002: 11,2 Prozent); zu einer Verkleinerung sieht sich ein Viertel der Unternehmer gezwungen (25,9 Prozent; 2002: 23,1 Prozent).

Tab. 12: Entwicklung des Personalbestandes

■	aufstocken	7,6 (11,2)
	unverändert	65,7 (65,4)
	verkleinern	25,9 (23,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die folgende grafische Darstellung zeigt, dass nur der konjunkturelle „Push“ es schaffte, dass sich der negative Saldo im Hinblick auf die zukünftige Personalentwicklung auf dem Weg zu einem positiven Ausgleich befand. Der aktuelle Pessimismus für die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven sorgt dafür, dass er wieder auseinander treibt.



Die Bundesregierung wird daran gemessen werden – auch ohne das pathetische „Read my lips“ des Kanzlers am Anfang der letzten Legislaturperiode – wie weit es gelingt, die Arbeitslosenzahl zu „drücken“. Die Hartz-Kommission stellt nur einen ersten Ansatz dar – und dennoch sorgen ihre ersten 13 Schritte bereits für die Befürchtung, alles bliebe einmal mehr im Sande stecken. Weiterhin dominiert in Deutschland für den Arbeitsmarkt Besitzstandswahrung und Reformverweigerung. Angesichts massiver Entlassungen in Großbetrieben – etwa bei den Banken – kann der Mittelstand nur positiv am Arbeitsmarkt agieren, wenn der Panzer tariflicher, sozial- und arbeitsrechtlicher Bestimmung zumindest gelockert wird. Angesichts der schwierigen weltwirtschaftlichen Situation ist der Faktor Arbeit des Mittelstandes zu entlasten: Der Dienstleistungssektor im Mittelstand schafft zwar noch bei jedem zehnten Betrieb eine Aufstockung des Personalbestandes, dabei handelt es sich aber nur bei gut 70 Prozent um eine Vollzeitkraft. Am stärksten ist der Anteil der Teilzeitarbeitskräfte beim Großhandel. Hier sind es 44,1 Prozent der 8,7 Prozent der Befragten, die überhaupt Personal hinzunehmen wollen, die dies über Teilzeitkräfte tun.

Schafft nur Konjunkturhoch Arbeitsplätze?

Tab. 13: Entwicklung des Personalbestandes in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	aufstocken	unverändert	verkleinern
Verarb. Gewerbe	7,7 (10,4)	64,5 (69,2)	26,6 (20,0)
Bau	3,9 (3,6)	59,8 (60,3)	36,2 (36,2)
Handel	4,9 (12,8)	67,0 (64,3)	28,1 (22,6)
Dienstleistungen	10,5 (16,1)	68,3 (66,9)	19,9 (16,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Bau ohne Mitarbeiter

Ostdeutschland erweist sich stabiler als der Westen: Nimmt man den Anteil der Betriebe, die aufstocken bzw. ihren Personalbestand auf gleichem Niveau halten, zusammen, so beträgt er in Westdeutschland 72,7 Prozent, in Ostdeutschland 76,9 Prozent. Dabei ist allerdings die ungleich prekärere Gesamtarbeitsmarktsituation in den neuen Ländern zu bedenken.

Tab. 14: Entwicklung des Personalbestandes in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
aufstocken	7,9 (11,5)	5,6 (10,5)
unverändert	64,8 (66,4)	71,3 (62,9)
verkleinern	26,5 (21,8)	22,0 (26,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

3.3 Investitionen

Die Investitionsbereitschaft im deutschen Mittelstand sackt weiter ab. Bereits im Jahr 2000 hatte sie sich – wie ein Frühindikator – deutlich von rund 65 Prozent im Jahr 1999 auf 52,1 Prozent hinab bewegt. Sie war dann im Jahre 2001 weiter auf 43,2 Prozent gesunken, um in diesem Herbst den negativen Rekordwert von 25,8 Prozent zu erreichen.

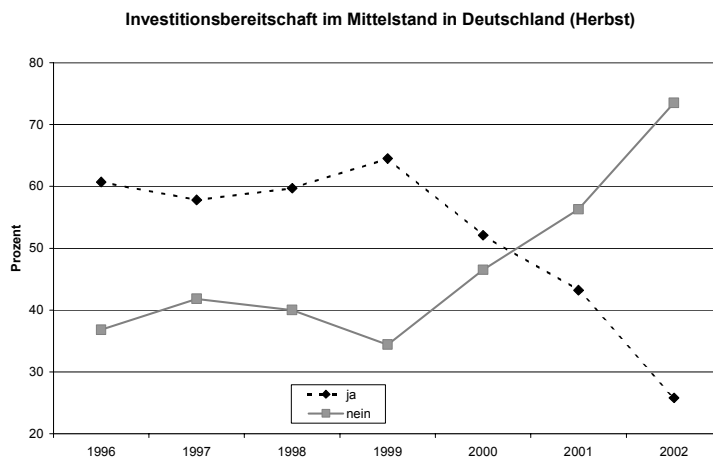
Tab. 15: Investitionsbereitschaft im Mittelstand

■	Ja	25,8 (43,2)
	Nein	73,5 (56,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Beschleunigung der negativen Entwicklung verdeutlicht den Ernst der Lage: Wie lange muss es dau-

ern, ein positives Niveau wieder zu erreichen? In den neunziger Jahren lagen die Investitionsbereitschaften des Mittelstandes bei knapp zwei Dritteln. Ein Wert, der nun in weiter Ferne liegt.



Gesamtwirtschaftlich wird von manchen bereits das Ausbleiben einer weiteren Abschwächung bei den realen Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Quartal 2002 als Ende der im Jahr 2000 begonnen Abwärtsentwicklung gedeutet. Auf der anderen Seite befinden sich vor allem die Bauinvestitionen weiter auf dem Weg nach unten. Die offiziellen Zahlen weisen für das zweite Quartal 2002 bei den Nichtwohnbauinvestitionen ein Minus von sieben Prozent, im Wohnbau ein Minus von 3,4 Prozent aus.

Unternehmen und Privatpersonen, das zeigt der Wirtschafts- wie der Wohnungsbau, scheinen ihre Zuversicht verloren zu haben. Die Sparquote bei den privaten Haushalten steigt, die Investitionsneigung sinkt. Der Mangel an Zuversicht, die Hoffnung auf eine Besserung der gesamtwirtschaftlichen Situation ist wohl letztlich der Grund für die dürftige Investitionsbereitschaft. Sicher spielen auch die „Überinvestitionen“ Ende der neunziger Jahre, die zu großen Kapazitäten führten und nicht zuletzt auch das Kreditvergabeverhalten der sich ebenfalls konsolidierenden Banken eine Rolle. Schließlich fehlt es dem Mittelstand an Eigenmitteln, notwendige Investitionen durchzuführen.

Allein, es fehlt der Glaube

Die Investitionsbereitschaft aller Branchen hat markant nachgelassen, immerhin kann im Dienstleistungssek-

tor noch fast jeder dritte Betrieb Investitionen ins Auge fassen (Vorjahr: 48,0 Prozent). Die Wirtschaftsbereiche zeigen noch die gleiche Reihenfolge wie im Vorjahr bei der Investitionsbereitschaft mit einem Stabwechsel zwischen Verarbeitenden Gewerbe und Dienstleistern – dies alles aber auf niedrigerem Niveau.

Tab. 16: Investitionsbereitschaft in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	27,3 (50,5)	71,9 (48,8)
Bau	17,5 (32,0)	82,5 (67,5)
Handel	21,7 (40,3)	78,3 (59,7)
Dienstleistungen	30,3 (48,0)	68,6 (51,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Auch der finanzielle Einsatz, den der einzelne Betrieb – wenn er denn Investitionen durchzuführen bereit ist – wagen will, ist weiter gesunken. Waren es im Jahre 2000 noch 53,9 Prozent der Befragten die angaben, ein höheres Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr zu bewegen, so veränderte sich dieser Anteil weiter negativ von 48,7 Prozent (2001) auf 37,8 Prozent in diesem Jahr. 21,3 Prozent der KMU geben an, ein geringeres Investitionsvolumen auf die Agenda zu setzen (Vorjahr: 17,7 Prozent).

Tab. 17: Entwicklung des Investitionsvolumens im Vergleich zum Vorjahr

■	höher	37,8 (48,7)
	gleich	39,2 (33,3)
	niedriger	21,3 (17,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Angesichts dieser Zahlen verwundert es nicht, dass es dem Betrieb in erster Linie nur um den Ersatz von Maschinen und Anlagen geht (57,6 Prozent; 2001: 54,1 Prozent) und weniger um die konjunkturell so dringend notwendigen Erweiterungsinvestitionen (46,0 Prozent; 2001: 47,7 Prozent).

Nur kleinere Ersatzinvestitionen

Tab. 18: Art der Investitionen (Mehrfachnennung möglich)

■	Erweiterung	46,0 (47,7)
	Rationalisierung	25,5 (26,9)
	Ersatz	57,6 (54,1)

Angaben in % der Befragten, () = Vorjahresangaben
(Investitionswillige = 100)

In der Krise ist vielfach der Wunsch nach weiteren Zinssenkungen durch die EZB geäußert worden. Vereinfacht: Billiges Geld soll die Wirtschaft ankurbeln. Mit dem Blick auf die vielfältigen Probleme gerade des Mittelstandes bleibt das DIW zu zitieren: „Die Zinssenkungen im Jahre 2001 haben jedoch die Investitionsentwicklungen in einem sehr geringfügigen Umfang gestützt, der bei weitem nicht ausreicht, um die Belastungen aufzufangen.“

■ 4 Finanzierung des Mittelstandes Erträge, Eigenkapital, Liquidität

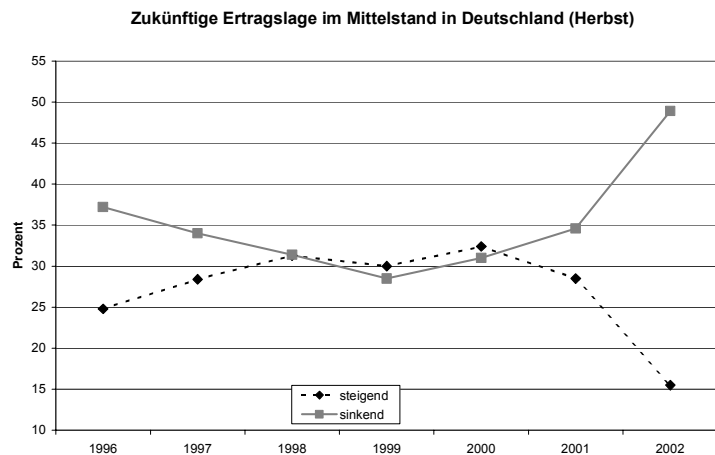
4.1 Erträge

Deutschlands Mittelständler sehen ihre finanzielle Zukunft dunkel verhangen. Im Vergleich zur Vorjahresbefragung fallen die Einschätzungen zur künftigen Ertragslage deutlich schlechter aus. Nur 15,5 Prozent rechnen noch mit steigenden Erträgen – ein Rückgang um 13 Prozentpunkte. Auf der anderen Seite befürchtet fast die Hälfte der Befragten (48,9 Prozent) Gewinnrückgänge.

Tab. 19: Zukünftige Ertragslage

■	steigend	15,5 (28,5)
	stabil	35,5 (36,4)
	sinkend	48,9 (34,6)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben



Besonders in Westdeutschland verdüstern sich die Prognosen. Die Zahl der Befragten, die mit steigenden Erträgen rechnen hat sich nahezu halbiert (Herbst 2001: 30,2 Prozent; Herbst 2002: 15,2 Prozent). Inzwischen sind die neuen Länder zuversichtlicher als Westdeutschland: Im Osten rechnen 37,3 Prozent mit sinkenden Erträgen, im Westen sind es 50,7 Prozent.

Tab. 20: Zukünftige Ertragslage in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
Steigend	15,2 (30,2)	16,9 (24,0)
Stabil	33,9 (38,4)	45,5 (31,1)
Sinkend	50,7 (30,8)	37,3 (44,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Vergleicht man die Bewertungen aus den einzelnen Branchen miteinander, wird deutlich, dass die positivsten Gewinnerwartungen aus dem Dienstleistungsbereich kommen, auch wenn der Wert um 10,5 Prozentpunkte von 32,1 Prozent auf 21,6 Prozent zurückging. Eine Verschiebung der Einschätzungen fand hier zugunsten stabiler Ertragserwartungen statt. Die Zahl der Betriebe, die mit sinkenden Erträgen rechnen, ist um 5,7 Prozentpunkte auf 24,2 Prozent zurückgegangen. Im Baugewerbe geht mittlerweile mehr als die Hälfte von sinken Erträgen aus (53,7 Prozent) – binnen Jahresfrist ein Zuwachs von 9,3 Prozentpunkten.

Tab. 21: Ertrags Erwartungen der Hauptwirtschaftsbereiche

■	steigend	stabil	Sinkend
Verarb. Gewerbe	14,6 (31,8)	34,0 (35,6)	51,1 (32,2)
Bau	11,6 (17,7)	34,6 (37,4)	53,7 (44,4)
Handel	14,3 (29,6)	53,7 (36,2)	32,0 (34,2)
Dienstleistungen	21,6 (32,1)	53,4 (36,6)	24,2 (29,9)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Ist - etwa durch die konjunkturelle Lage - die Ertragslage eines Unternehmens dürftig, hilft ein ausgeglichenes Verhältnis von Eigen- und Fremdkapital, die vorübergehende Flaute zu verkraften. Die durchschnittliche Ausstattung mit Eigenkapital liegt in Deutschland bei 30 Prozent. Ganz anders sind die internationalen Werte: In den USA haben die Unternehmen im Schnitt 44,9 Prozent Eigenkapital. In Portugal liegt die Eigenkapitalquote bei 42 Prozent, in Belgien, Spanien und Frankreich bei 39,38 und 35 Prozent. Unterteilt man die Werte nach den Umsatzgrößenklassen, werden andere Unterschiede deutlicher: Einer von Siemens in Auftrag gegebenen Studie zufolge haben Unternehmen mit weniger als 7 Millionen Euro Umsatz eine durchschnittliche Eigenkapitaldecke von 14 Prozent.

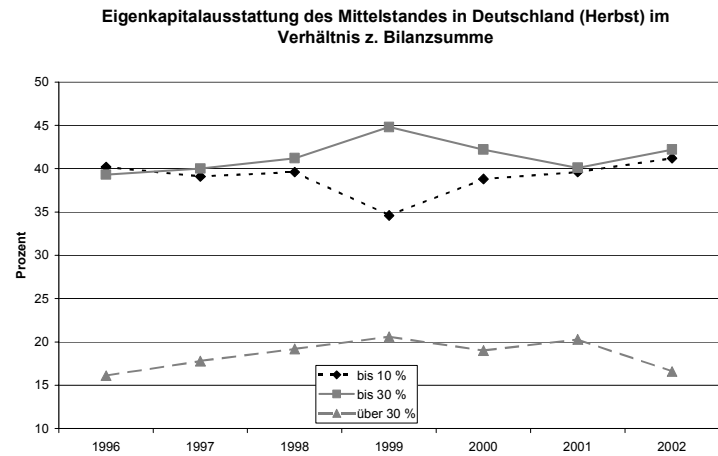
Tab. 22: Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes im Verhältnis zu Bilanzsumme

■	bis 10%	41,2 (39,6)
	bis 20%	25,5 (24,7)
	bis 30%	16,7 (15,4)
	über 30%	16,6 (20,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Die Höhe des Eigenkapitals spielt für Kreditverhandlungen eine Hauptrolle: Je mehr vorhanden ist, desto größer ist der Spielraum für Kredite und umso geringer sind die Kosten. In den vergangenen Befragungen zeichnete sich eine Stabilisierung der Eigenkapitalstruktur mittelständischer Unternehmen ab. Vermutet wurde, dass das Aufsehen um Basel II für eine erhöhte Thesaurierung von Eigenkapital gesorgt hat. Die jüngsten Angaben zeigen, dass diese Einschätzung

entweder durch die Korrekturen an Basel II obsolet erscheint, oder die befragten Unternehmer wegen der konjunkturellen Flaute und stärkeren Belastungen gezwungen werden, ihr Eigenkapital anzugreifen.



Die Zahl der unterkapitalisierten Betriebe (unter 10 Prozent im Verhältnis zu Bilanzsumme) stieg binnen Jahresfrist von 39,6 auf 41,2 Prozent. Gleichzeitig sank die Zahl der über ausreichend Eigenkapital verfügenden Unternehmen (über 30 Prozent der Bilanzsumme) von ehemals 20,3 auf 16,6 Prozent.

Die Zahl der ausreichend kapitalisierten Betriebe nahm bei allen Branchen ab. Insbesondere im Baugewerbe ist die Situation kläglich: Nur 8,1 Prozent (Vorjahr 11,9 Prozent) der Bauunternehmer haben mehr als 30 Prozent Eigenkapital zur Verfügung.

Tab. 23: Eigenkapitalquoten der einzelnen Wirtschaftszweige

■	bis 10%	bis 20%	bis 30%	über 30%
Verarb. Gew.	41,7 (35,3)	26,8 (23,8)	13,3 (15,2)	18,2 (25,7)
Bau	45,6 (54,1)	31,6 (20,8)	14,7 (13,2)	8,1 (11,9)
Handel	33,4 (38,5)	28,1 (25,4)	20,6 (14,9)	17,9 (21,1)
Dienstleistung	43,0 (34,2)	20,9 (27,9)	18,1 (17,7)	18,0 (20,2)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () Vorjahresangaben

Die KfW untersuchte in einer Studie den Einfluss der Eigenkapitalstruktur auf die Insolvenzanfälligkeit eines Unternehmens und kam zu folgendem Ergebnis: Nicht die Höhe der Eigenkapitalausstattung ist demnach entscheidend, sondern die Veränderung der Eigenka-

pitalquote. Konnte ein Durchschnittsunternehmen innerhalb eines Jahres seine Eigenkapitalquote verbessern, sank die Insolvenzwahrscheinlichkeit um 40 Prozent.

Die sinkende Eigenkapitalausstattung bedeutet eine Gefahr für die mittelständischen Kapazitäten. Die Belastungen durch Steuern und Abgaben macht es zunehmend schwerer, einen hinreichenden Eigenkapitalstock aufzubauen. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Eigenkapitalfinanzierung kleiner und mittlerer Betriebe muss vordringliche wirtschaftspolitische Aufgabe sein. Dabei geht es nicht darum, neue staatliche Förderprogramme zu entwickeln, sondern bestehende Instrumentarien auf Effizienz und Zielgruppengerechtigkeit zu überprüfen. Das Interesse der Hausbanken (mit 66 Prozent immer Geldgeber Nummer eins für KMU) an der Durchleitung auch kleinteiliger Fördermaßnahmen sollte gestärkt werden.

4.2 Zahlungsverhalten und Forderungsausfälle

Verschleppte Zahlungen bringen finanzschwachen Schuldnern kurzfristige Liquidität. Auf Seiten des Gläubigerunternehmens verursachen sie einen erhöhten Kapitalbedarf, der – zusammen mit niedrigen Erträgen und einer dünnen Eigenkapitaldecke – zu einer Finanzierungskrise führen kann.

Wie schon bei den Angaben zur Ertragssituation zu vermuten war, hat sich das Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes verschlechtert. Insbesondere gingen die mit „gut“ und „sehr gut“ beurteilten Zahlungseingänge von 27,5 auf 25,7 Prozent zurück. Am unteren Ende der Bewertungsskala findet eine Verschiebung statt: Weniger Betriebe urteilen mit "mangelhaft" (von 16,3 auf 16,0 Prozent im Herbst 2002) über das Zahlungsverhalten ihrer Kunden, mehr betrachten es als „ausreichend“ (2001: 20,6 Prozent; 2002: 26,0 Prozent).

Tab. 24: Zahlungsverhalten der Kunden des Mittelstandes

■	sehr gut	2,9 (3,2)
	gut	22,8 (24,3)
	befriedigend	29,8 (35,5)
	ausreichend	26,0 (20,6)
	mangelhaft	16,0 (16,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Mit der Zahlung Zeit lassen

Ostdeutsche Kunden zahlen besser als Westdeutsche. So lässt sich die Situation mit Blick auf die geographische Unterteilung der Bundesrepublik beschreiben. Die Angaben zu „mangelhaftem“ Zahlungsverhalten sind in Ostdeutschland deutlich zurückgegangen (von 26,7 auf 11,0 Prozent), in Westdeutschland dagegen angestiegen, und zwar von 12,4 auf 16,7 Prozent im Herbst dieses Jahres. Gestiegen ist in Ostdeutschland der Anteil der mit „sehr gut“ bewerteten Zahlungseingänge, und zwar von 1,9 Prozent im letzten Herbst auf nunmehr 4,2 Prozent. Im Westen ging der Anteil um 0,9 Prozentpunkte auf 2,7 Prozent zurück.

Tab. 25: Zahlungsverhalten in Ost- und Westdeutschland

■	West	Ost
sehr gut	2,7 (3,6)	4,2 (1,9)
gut	21,9 (24,8)	28,1 (23,0)
befriedigend	29,8 (37,4)	29,3 (30,3)
ausreichend	26,1 (21,7)	25,9 (17,7)
mangelhaft	16,7 (12,4)	11,0 (26,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Das Zahlungsverhalten hat sich bei allen Branchen verschlechtert. Am schnellsten erhält – wie im letzten Herbst auch – der Handel sein Geld. 68,4 Prozent (vorher: 73,2 Prozent) zahlen pünktlich innerhalb eines Monats. Am längsten warten Betriebe aus der Bauindustrie auf die Begleichung der Rechnung: 4,7 Prozent der Kunden lassen mehr als drei Monate vergehen, ehe sie die Summe überweisen. Einziger Lichtblick auch hier: der Handel. Nur 1,5 Prozent der Kunden dieses Wirtschaftsbereiches zahlen nach über 90 Tagen – ein Rückgang um 0,5 Prozentpunkte.

Tab. 26: Zahlungsfristen der Kunden in den Hauptwirtschaftsbereichen

■	Verarb. Gewerbe	Bau	Handel	Dienstleistungen
bis 30 Tage	54,5 (65,5)	55,3 (65,4)	68,4 (73,2)	64,8 (69,0)
bis 60 Tage	28,9 (23,8)	28,3 (21,6)	20,7 (17,6)	24,4 (23,3)
bis 90 Tage	7,2 (6,6)	8,1 (9,3)	6,4 (6,1)	6,9 (4,2)
über 90 Tage	4,4 (2,9)	4,7 (2,8)	1,5 (2,0)	3,4 (2,7)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung und Illiquidität sind Gründe für das endgültige Nichtbezahlen einer Rechnung. Mehr als die Hälfte (51,9 Prozent) der befragten Betriebe hat im ersten Halbjahr 2002 Forderungsverluste erlitten, weil ein Kunde Konkurs anmelden musste. Spitzenreiter bei den Forderungsverlusten ist der Handel: 64,7 Prozent haben Ausfälle zu beklagen. Am wenigsten unter Kundeninsolvenzen zu leiden hat der Bau – wie übrigens auch schon im letzten Herbst. Grund dafür könnten die seit dem Mai 2001 geltenden gesetzlichen Erleichterungen sein. Insbesondere die eingeschränkte Vorleistungspflicht der Unternehmer könnte zu mehr Liquidität geführt haben. Bislang konnte der Werkunternehmer nur dann Abschlagszahlungen verlangen, wenn diese vertraglich besonders vereinbart waren, insbesondere dann, wenn die Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB) in den Vertrag einbezogen wurde. Oft ließ sich das aber nicht durchsetzen. Nach dem neuen § 632 a BGB kann der Unternehmer vom Besteller für in sich abgeschlossene Teile des Werks Abschlagszahlungen für die vertragsgemäß erbrachten Leistungen erwarten. Abschlagszahlungen können auch für erforderliche Stoffe oder Bauteile, die eigens angefertigt oder angeliefert sind, gefordert werden. Die Verlangung von Abschlagszahlungen ermöglicht dem Unternehmer nicht nur „schnellere“ Liquidität, er ist auch in der Lage, früher aus dem Vertrag auszusteigen – nämlich bereits bei der ersten verspäteten Abschlagszahlung, wenn sich der Besteller als „windiger“ Kunde erweist.

Neue gesetzliche Regelungen positiv aufgenommen?

Tab. 27: Forderungsverluste wegen Kundeninsolvenz(en) im 1. Halbjahr 2002

■	Ja	Nein
Verarb. Gewerbe	53,9 (50,3)	44,3 (49,0)
Bau	37,4 (43,1)	60,6 (56,9)
Handel	64,5 (57,3)	35,5 (42,4)
Dienstleistungen	49,6 (56,1)	49,3 (43,3)
Gesamt	51,9 (52,4)	47,0 (47,1)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Positiv anzumerken ist, dass sich die Zahl der hohen Forderungsverluste von mehr als einem Prozent des Umsatzes verringert hat. Hatten im letzten Jahr noch 23,7 Prozent der Befragten unter Verlusten in dieser Größenordnung zu leiden, so liegt der Wert nunmehr bei 21,2 Prozent. Erhöht hat sich die Zahl der geringen Forderungsausfälle von ehemals 23,0 Prozent auf aktuell 25,6 Prozent.

Tab. 28: Durchschnittliche Forderungsverluste in Prozent zum Umsatz

■		
	bis 0,1	25,6 (23,0)
	bis 0,5	23,3 (22,8)
	bis 1,0	16,7 (16,3)
	Über 1,0	21,2 (23,7)
	Keine Verluste	11,8 (13,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

4.3 Insolvenzen im Mittelstand

Einen Anstieg um 42,9 Prozent vermelden die jüngsten Insolvenzzahlen für das erste Halbjahr 2002. Insgesamt mussten 34.600 Unternehmen und Privatpersonen den Gang zum Insolvenzrichter antreten. Ein Ende dieses Trends ist nicht in Sicht. Für das Gesamtjahr wird mit 70.000 Gesamtinsolvenzen zu rechnen sein, von denen 40.000 durch Unternehmenszusammenbrüche verursacht sind.

Auch in den Vereinigten Staaten wurde ein Rekordergebnis erzielt: Laut Statistik der US-Gerichte wurden im ersten Halbjahr 2002 1,5 Millionen Insolvenzanträge registriert, das entspricht einer Steigerung von 8,6

Prozent. Die Zahl der Firmen-Insolvenzen stieg mit 39.201 Fällen auf den höchsten Stand seit 1999.

Der hohe Zuwachs bei den Verbraucherinsolvenzen in Deutschland (95,9 Prozent) ist sicherlich auch auf die Einführung der Novellierung des Insolvenzrechtes zurückzuführen. Die Verkürzung der Wohlverhaltensperiode, verbunden mit der Möglichkeit der Stundung der Verfahrenskosten für mittellose Verbraucher haben viele – auch ehemalige Unternehmer - genutzt, um sich dauerhaft zu entschulden. Das erklärt jedoch nicht den enormen Anstieg der Unternehmensinsolvenzverfahren um 25,2 Prozent. Sicherlich hat die neue Insolvenzordnung auch hier Erleichterungen gebracht. Zumindest eine Regelung, die gerade auch bei kleinen Unternehmen die Möglichkeit der Sanierung auch innerhalb des Insolvenzverfahrens erhöht hätte, ist nicht aufgenommen worden: Und zwar die Harmonisierung der Insolvenzordnung mit dem Steuerrecht. Wann immer Gläubiger auf Forderungen verzichten – unabdingbare Voraussetzung für die Rettung eines Unternehmens – ist die Summe beim Schuldner ein steuerpflichtiger Ertrag. Insolvenzverwalter beklagen diese Besteuerung des Sanierungsgewinnes als das größte Hemmnis insbesondere bei der Rettung von kleinen und mittleren Betrieben.

***Ehemalige „Unternehmer“
entschulden sich „privat“***

Tab. 29: Insolvenzverfahren in Gesamtdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen	
1991	13.323		8.837	
1992	15.302	+ 14,9%	10.920	+ 23,6%
1993	20.298	+ 32,6%	15.148	+ 38,7%
1994	24.928	+ 22,8%	18.824	+ 24,3%
1995	28.785	+ 15,5%	22.344	+ 18,7%
1996	31.471	+ 9,3%	25.530	+ 14,3%
1997	33.398	+ 6,1%	27.474	+ 7,6%
1998	33.977	+ 1,7%	27.828	+ 1,3%
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%
2001 (1. Halbj.)	24.210	+ 26,1%	15.020	+ 14,7%
2001	49.150	+ 17,6%	32.390	+ 16,0%
2002 (1. Halbj.)	34.600	+ 42,9%	18.800	+ 25,2%

***Konzerne nutzen Optionen
des neuen Insolvenzrechts***

Die Zeitungen melden dieses Jahr eine Großpleite nach der anderen: Philipp Holzmann, Maxhütte, Herlitz, Kirch Media, Cargolifter. Das dadurch gewonnene Bild, insolvenzgefährdet wären vor allem Konzerne, ist jedoch schief: Rund 99 Prozent der Insolvenzen betrafen nach wie vor Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern. Doch anders als bei Babcock Borsig ist der Konkurs des Bäckers um die Ecke kein Stoff für nationale Berichterstattungen – „der Mittelstand stirbt still und leise“.

Und – anders als die großen Konzerne können mittelständische Unternehmen auch nicht auf Hilfe vom Staat hoffen.

Obwohl die Zahlungsunfähigkeit von Konzernriesen eher die Ausnahme ist, richten sie wirtschaftlich große Schäden an. Zum einen, weil durch Forderungsausfälle gerade kleine Betriebe in den Insolvenzstrudel gerissen werden, zum anderen, weil die Schadenssummen pro Fall immens sind.

Tab. 30: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen in Ost- und Westdeutschland (jeweils für das 1. Halbjahr)

■	West	Ost
1 – 5 Personen	59,1 (55,9)	56,6 (43,4)
6 – 10 Personen	12,8 (14,9)	15,4 (20,6)
11 – 20 Personen	10,1 (11,4)	11,8 (16,2)
21 – 50 Personen	7,5 (7,9)	7,8 (11,1)
51 – 100 Personen	3,0 (2,8)	1,7 (3,9)
> 100 Personen	2,0 (2,0)	0,8 (1,3)

Angaben in % der Befragten, Rest o. A., () = Vorjahresangaben

Dass insbesondere kleine und Kleinstfirmen vom Zusammenbruch bedroht sind, zeigt auch die Aufstellung. Mehr als die Hälfte der insolvenz betroffenen Firmen beschäftigten weniger als 5 Mitarbeiter. Im Osten beträgt der Zuwachs bei dieser Unternehmenskategorie 13,2 Prozentpunkte. Die Zahl der insolventen ostdeutschen Betriebe, die mehr als 100 Angestellte haben, sank demgegenüber auf 0,8 Prozent.

■ 5 Wirtschaftspolitisches Umfeld Standort Bundesland

Die Schaffung der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in Deutschland ist laut Grundgesetz ein Staatsziel von Verfassungsrang. Wie bewerten Mittelständler den Standort ihres Unternehmens und welche Maßnahmen müssen in der Zukunft umgesetzt werden, um die Attraktivität des Standortes Deutschland in seiner Gesamtheit und der Länder und Kommunen zu erhöhen?

37,3 Prozent der befragten Mittelständler geben an, dass die Kommune den Standort ihres Unternehmens am stärksten bestimmt. 31,5 Prozent werden durch ihr Bundesland am meisten geprägt und nur für 26,9 Prozent ist die Bundesrepublik der maßgebliche Faktor. Dieses Ergebnis zeigt, dass die anhaltenden Diskussionen um die Verbesserung des Standortes Deutschland für den Mittelstand oft zweitrangig sind. Für die KMU stehen die Standortbedingungen ihrer unmittelbaren Umgebung im Vordergrund.

Auf die Region kommt es an

Tab. 31: Unternehmensstandort wird am stärksten geprägt durch:

■	Kommune	37,3
	Bundesland	31,5
	Deutschland	26,9

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Nach den regionalen Rahmenbedingungen befragt, werden insbesondere die gute Verkehrsanbindung (47,2 Prozent), die Nähe zu Kunden und Lieferanten (39,5 Prozent) und die Nähe zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen (39,5 Prozent) als positiv hervorgehoben. Demgegenüber schneiden die Beurteilungen zur Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften und Auszubildenden (35,1 bzw. 30,9 Prozent vergeben die Note „schlecht“) sowie die Beurteilung der Höhe von Abgaben und Gebühren (40,2 Prozent schlechte Beurteilungen) schlecht ab.

Tab. 32: Leistungsfähigkeit kommunaler Behörden

■	Deutschland	West	Ost
sehr gut / gut	7,3	7,6	5,7
befriedigend	60,6	60,5	60,9
schlecht	29,2	28,9	31,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Mit der Gießkanne

Nach der Leistungsfähigkeit ihrer kommunalen Behörden gefragt, geben zwei Drittel die Note „befriedigend“. Fast 30 Prozent aber befinden sie als schlichtweg schlecht, wobei keine erheblichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland auszumachen sind. 28,9 Prozent der westdeutschen und 31,2 Prozent der ostdeutschen Mittelständler stellen der Leistungsfähigkeit ihrer kommunalen Behörde ein schlechtes Zeugnis aus. Obwohl die neuen Länder in den vergangenen zehn Jahren regionale Fördermittel von insgesamt 30,9 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt bekamen. Zum Vergleich: Westdeutschland erhielt im gleichen Zeitraum 3,5 Milliarden Euro. Die Unzufriedenheit kann an der starken Ausrichtung auf das Verarbeitende Gewerbe liegen – vier fünftel der Mittel werden hier absorbiert – die den Strukturwandel in Richtung Dienstleistung hemmt. Andererseits gibt es ohne industrielle Basis auch keine unternehmensnahen Dienstleister. Die Fördergelder haben auch nicht zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen, im Gegenteil: Die Investitionszuschüsse bewogen viele Unternehmen, „teure“ Mitarbeiter durch Maschinen zu ersetzen.

Gefragt wurde nach einer Benotung der regionalen Gegebenheiten der Bundesländer, in denen die jeweiligen Unternehmen ihren Sitz haben. Das Bundesland mit den besten Benotungen ist Bayern. 37,1 Prozent der hier ansässigen Unternehmen erteilten den Standortbedingungen die Noten gut und sehr gut. Demgegenüber halten sie 13,2 Prozent für mangelhaft oder ungenügend. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt. Kein einziges gefragtes Unternehmen aus diesem Bundesland vergab die Noten sehr gut oder gut – 72,6 Prozent halten die Bedingungen für mangelhaft oder ungenügend.

Tab. 33: Bewertung der regionalen Unternehmensbedingungen in den einzelnen Bundesländern

■	sehr gut / gut	befriedig. / ausreichend	mangelhaft / ungenügend
Baden-Württemb.	31,1	57,3	9,9
Bayern	37,1	48,1	13,2
Bremen	8,6	82,8	5,2
Hamburg	27,5	69,0	0,0
Hessen	34,6	53,3	12,3
Niedersachsen	17,3	58,9	23,9
Nordrhein-Westf.	15,0	61,9	21,7
Rheinland-Pfalz	19,7	66,1	11,4
Saarland	11,7	63,7	24,7
Schleswig-Holstein	11,4	61,8	26,8
Berlin	36,0	20,9	40,7
Brandenburg	14,9	38,8	46,3
Mecklenburg-Vorp.	6,9	41,7	51,4
Sachsen	13,7	45,3	39,4
Sachsen-Anhalt	0,0	27,4	72,6
Thüringen	18,9	45,9	35,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Nach einer vom DIHKT durchgeführten Untersuchung hat der IHK-Bezirk Bremen am meisten aufgeholt im Standortwettbewerb. Mehr als zwei Drittel attestierten dem Standort Bremen, dass sich dort die Bedingungen verbessert haben. Bremen hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl zukunftsorientierter Investitionen getätigt. Diese deutliche Ausweitung der Investitionen bei gleichzeitiger Rückführung der konsumtiven öffentlichen Ausgaben hat sich in einer positiven Bewertung niedergeschlagen.

Bezogen auf den Standort Deutschland wurden die Unternehmen gefragt, welche politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Attraktivität der Bundesrepublik zu erhöhen.

89,1 Prozent der Mittelständler erachten die Senkung der Lohnnebenkosten als wichtig für die Erhöhung der Attraktivität des Standortes Deutschland. Insbesondere die Baubranche (94,5 Prozent) wünscht sich hier mehr Engagement. An zweiter Stelle steht – mit 80,6

Was muss Deutschland schaffen?

Prozent – die Senkung beziehungsweise Erleichterung der Unternehmenssteuern. Demgegenüber betrachten nur 21,2 Prozent die Erleichterung von Innovationen als eine wichtige Maßnahme zur Standortverbesserung. Im Einzelhandel versprechen sich nur 17,7 Prozent von dieser Maßnahme eine Erhöhung der Attraktivität. Für eine Modernisierung des Arbeitsrechtes sprachen sich 68,7 Prozent aus, wobei aus dem Dienstleistungssektor mehr Zuspruch kommt (71,9 Prozent). Für eine moderate Lohnpolitik plädieren knapp über die Hälfte (52,4 Prozent) der Befragten. 44,0 Prozent halten ein Bildungssystem für wünschenswert, das sich stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichtet und 48,6 Prozent wollen einen leichteren Zugang zu Finanzierungsmitteln.

Tab. 34: Maßnahmen zur Erhöhung der Standortattraktivität (Mehrfachnennung möglich)

■	Lohnnebenkosten senken	89,1
	Unternehmenssteuern senken und vereinfachen	80,6
	Arbeitsrecht modernisieren	68,7
	moderate Lohnpolitik	52,4
	leichterer Zugang zu Finanzierungsmitteln	48,6
	Bildungssystem stärker an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausrichten	44,0
	Umsetzung von Innovationen und Zugang zu Innovationseinrichtungen erleichtern	21,2

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

■ 6 Zusammenfassung

Die Umsatzerwartungen der Mittelständler sind weiter zurückgegangen. Konnte im vergangenen Herbst noch knapp jeder dritte Unternehmer (28,9 Prozent) auf steigende Umsätze hoffen, liegt der Wert 2002 bei 18,3 Prozent. Demgegenüber befürchten 28,8 Prozent sinkende Umsätze (Vorjahr 24,7 Prozent). Die pessimistischen Aussagen haben über alle Branchen hinweg zugenommen. Umsatzrückgänge drohen insbesondere den Betrieben aus der Baubranche (34,4 Prozent) und dem Handel (32,0 Prozent).

Der Anteil der Betriebe, die steigende Erträge erwarten, ist massiv um 13 Prozentpunkte eingebrochen (Vorjahr: 28,5 Prozent; aktuell: 15,5 Prozent). Insbesondere in Westdeutschland gehen die Gewinnerwartungen zurück. Rechneten im Herbst 2001 noch 30,2 Prozent mit steigenden Erträgen, sind es 2002 nur noch 15,2 Prozent. In Ostdeutschland ist man zversichtlicher als im Westen: Dort erwarten 37,3 Prozent sinkende Erträge; in den alten Ländern sind es 50,7 Prozent. Den einbrechenden Gewinnerwartungen trotz noch am ehesten das Dienstleistungsgewerbe, obwohl auch hier die Bewertungen zurückgegangen sind (steigende Gewinne erwarten 21,6 Prozent – im Vorjahr lag die Zahl bei 32,1 Prozent). Ganz anders der Bausektor: 11,6 rechnen mit steigenden Erträgen – 53,7 Prozent befürchten sinkende.

Die Perspektiven der Mittelständler beim Umsatz sind nicht nur durch eine sinkende Zahl von Geschäftsabschlüssen bestimmt, sondern auch von deflationären Tendenzen bei den Preisen. Nur noch 10,8 Prozent hoffen auf einen Anstieg ihrer Angebotspreise (Vorjahr: 31,1 Prozent). Dem stehen 17,8 Prozent gegenüber, die sinkende Angebotspreise befürchten (Vorjahr: 17,5 Prozent).

Der größte Teil mittelständischer Unternehmen möchte im nächsten Jahr seinen Personalbestand unverändert lassen (65,7 Prozent). Dieser Wert ist im Laufe des letzten Jahres nahezu unverändert geblieben (Herbst 2001: 65,4 Prozent). Die Betriebe, die ihren Mitarbeiterstamm künftig aufstocken können sind demgegenüber von 11,2 auf 7,6 Prozent zurückgegangen. 25,9 Prozent müssen sich personell verkleinern (Vorjahr 23,1 Prozent). Am optimistischsten zeigt sich der Dienstleistungsbereich. Obwohl der Wert um 5,6 Prozentpunkte absackte, wollen noch 10,5 Prozent ihren Personalbestand erweitern. Zu bedenken bleibt allerdings, dass es sich nur bei rund 70 Prozent der neu zu besetzenden Stellen um Vollzeit Arbeitsplätze handelt.

Ostdeutschland erweist sich in personeller Hinsicht stabiler als der Westen. 76,9 Prozent der Betriebe im Osten wollen ihren Personalbestand entweder halten

oder vergrößern – in Westdeutschland sind es nur 72,7 Prozent.

Nur noch ein Viertel der Befragten hat vor, Investitionen zu tätigen (25,8 Prozent). Diese Zahl bedeutet einen Rückgang um 17,4 Prozentpunkte binnen Jahresfrist. Noch deutlich unter diesem Wert liegen die positiven Aussagen aus dem Bau. Hier zeigen sich nur 17,5 Prozent imstande, Geld für Investitionen auszugeben. An erster Stelle steht der Ersatz von Maschinen und Anlagen (für 57,6 Prozent der Befragten). Zu Erweiterungsinvestitionen sehen sich nur noch 46,0 Prozent in der Lage (Vorjahr 47,7 Prozent).

Nach ihrer derzeitigen Geschäftslage gefragt, geben 20,6 Prozent der Mittelständler sehr gute und gute Noten ab, ein Rückgang von 12,1 Prozentpunkten gegenüber 2001. Dagegen stehen 22,0 Prozent (Vorjahr: 16,0 Prozent), die ihre Geschäftslage mit mangelhaft oder sogar ungenügend einstufen. Die Verschlechterungen der Bewertungen ziehen sich durch alle Branchen – unterschiedlich ist allerdings deren Ausprägung: Bau und Handel weisen mit 14,6, bzw. 16,5 Prozent guter Noten für die Geschäftslage den kleinsten Anteil erfreulicher Urteile auf. Der schärfste Einbruch wurde im Dienstleistungsbereich verzeichnet – ein Rückgang der positiven Bewertungen um 16,3 Prozentpunkte auf 22,7 Prozent.

Die Zahl mittelständischer Betriebe, die in den letzten sechs Monaten steigende Umsätze registrierten, fiel um fast die Hälfte von 33,9 auf 17,9 Prozent. Sinkende Umsätze haben 42,9 Prozent zu verkraften – im letzten Jahr waren es noch 31,3 Prozent. Auch hier zeigt sich die Situation im Osten stabiler als in Westdeutschland. Zwar verweisen im Westen 18,2 Prozent der Befragten auf gestiegene Umsätze und im Osten nur 16,6 Prozent. Die neuen Bundesländer haben aber auch weniger Unternehmen, die sinkende Umsätze zu verkraften hatten (39,1 Prozent zu 43,5 Prozent im Westen) und mehr Unternehmen, die über eine gleichbleibende Umsatzsituation berichten (43,7 Prozent; Westdeutschland 37,6 Prozent). Am meisten von sinkenden Umsätzen betroffen sind die Betriebe aus

dem Handel. 50,1 Prozent müssen Rückgänge in Kauf nehmen.

Die Baubranche konnte als einzige den Anteil der Betriebe erhöhen, die gestiegene Preise verlangten. Trotzdem befindet man sich mit 10,8 Prozent (Vorjahr 9,8 Prozent) am unteren Ende der Skala unter allen Wirtschaftsbereichen. Am oberen Ende steht der Handel, der trotz eines Rückgangs von fast 4 Prozentpunkten die meisten Betriebe zählt, die ihre Angebotspreise steigern konnten (16,2 Prozent).

16,3 Prozent der Mittelständler haben ihren Personalbestand aufgestockt. Das entspricht einem Rückgang von genau sechs Prozentpunkten gegenüber 2001. 32,4 Prozent wollen Personal abbauen (Vorjahr: 24,5 Prozent). Unter den vier Hauptwirtschaftsbereichen gibt der Handel das schlechteste Bild ab: Lediglich 11,8 Prozent haben neue Arbeitsplätze geschafft – 35,9 Prozent aber trennen sich von Mitarbeitern. Der Dienstleistungssektor hat zwar auch Verschlechterungen der Bewertungen einstecken müssen, zeigt aber noch das beste Bild: 18,9 Prozent (Vorjahr: 27,2 Prozent) der Befragten haben mehr Personal eingestellt. 27,7 Prozent (Vorjahr: 22,0 Prozent) haben den Personalbestand verkleinert.

Haben Betriebe weniger als 10 Prozent Eigenkapital zur Verfügung spricht man von Unterkapitalisierung. 41,2 Prozent der befragten Mittelständler befinden sich in dieser Gruppe – ein Anstieg um 1,6 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr. Über mehr als solide 30 Prozent Eigenkapital verfügen 16,6 Prozent der Befragten, vor einem Jahr waren es noch 20,3 Prozent.

Gerade im Baugewerbe haben viele Betriebe zu wenig Eigenkapital (45,6 Prozent unter 10 Prozent) und wenige eine ausreichende Eigenfinanzierung - nur 8,1 Prozent verfügen über mehr als 30 Prozent.

Einmal mehr zeigt sich der Osten Deutschlands stabiler als der Westen. Nach dem Zahlungsverhalten seiner Kunden gefragt, urteilen 32,3 Prozent der Betriebe in Ostdeutschland mit gut oder sehr gut. Dem stehen

nur 24,6 Prozent westdeutsche Unternehmen gegenüber. Am schnellsten erhält – wie auch in den Jahren zuvor – der Handel sein Geld. 68,4 Prozent der Befragten erhalten pünktlich ihr Geld. Pünktlich heißt hier innerhalb von 30 Tagen. Die meisten verspäteten Zahler hat das Baugewerbe hinzunehmen – 4,7 Prozent der Kunden lassen sich mehr als 90 Tage Zeit, bis sie das Geld auf das Konto des Empfängers schicken.

Mehr als die Hälfte (51,9 Prozent) der befragten Betriebe hat im vergangenen Jahr Forderungsverluste erlitten, weil sein Geschäftspartner Insolvenz anmelden musste. Am stärksten hat es Unternehmen aus dem Handel getroffen – 64,7 Prozent mussten Forderungen verloren geben.

Eine positive Entwicklung ist aus dem Bereich der Forderungsverluste zu melden: Die Zahl der Betriebe, die hohe Verluste von mehr als einem Prozent zum Umsatz hinnehmen mussten ist von 23,7 auf 21,2 Prozent gesunken.

Im ersten halben Jahr 2002 mussten 34.600 Unternehmen und Privatpersonen den Gang zum Insolvenzrichter antreten – so viele wie nie zuvor. Für das Gesamtjahr wird mit 40.000 Unternehmenszusammenbrüchen zu rechnen sein. Der große Zuwachs der Verbraucherinsolvenzen (um 95,9 Prozent) ist auf die Erleichterungen der reformierten Insolvenzordnung zurückzuführen. Den starken Anstieg der Unternehmenspleiten (um 25,2 Prozent auf 18.800 im ersten Halbjahr) kann man nicht allein auf das Konto veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen schieben. Neben der schwachen Konjunktur sind es die Probleme in der Finanzierung aus eigener Kraft, die sich in der dünnen Eigenkapitaldecke spiegeln, aber auch in den schärferen Maßstäben, die Fremdfinanzierer anlegen, die viele Betriebe treffen. Die Medien berichten ausnahmslos über die spektakulären Großinsolvenzen der letzten Zeit. Fakt ist aber, dass rund 99 Prozent der insolventen Unternehmen weniger als 100 Personen beschäftigten.

■ 7 Basis der Untersuchung

7.1 Begriffsbestimmung

Die vorliegende Untersuchung schließt sich der überwiegenden wissenschaftlichen Lehre an, die eine Definition des Mittelstandes auf die Mitarbeiterzahl abstellt (nicht mehr als 500 Beschäftigte) und eine Umsatzgröße von nicht mehr als 50 Mio. Euro zulässt. Entscheidend für die Definition kleiner und mittlerer Unternehmen ist darüber hinaus die "Personaleinheit" von Geschäftsführer und Inhaber. Bei der Selektion der für die Umfrage repräsentativen Unternehmen wurde auf dieses Merkmal geachtet. Weiterhin wurde darauf geachtet, dass keine Tochterunternehmen von Großunternehmen erscheinen.

7.2 Untersuchungsbreite

Tab. 35: Anzahl der befragten Unternehmen

■	Verarbeitendes Gewerbe	1.237
	Bau	687
	Handel	882
	Dienstleistungen	1.692
	Gesamt	4.498

Folgende Branchen haben sich an der Umfrage beteiligt:

Verarbeitendes Gewerbe

- Chemische Industrie (einschl. Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung)
- Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden; Feinkeramik und Glasgewerbe
- Eisen- und NE-Metallerzeugung, Gießerei und Stahlverformung sowie Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau
- Elektrotechn., Feinmech./Optik, Herstell. von EBM-Waren, Musikinstr., Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren
- Holz-, Papier- und Druckgewerbe
- Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
- Nahrungs- und Genussmittelgewerbe

Baugewerbe

- Bauhauptgewerbe
- Ausbau- und Bauhilfsgewerbe

Großhandel

- Investitionsgüter
- Konsumgüter

Einzelhandel

- Gebrauchsgüter
- Verbrauchsgüter

Dienstleistungen

- Verkehr und Nachrichtenübermittlung
- Kredit- und Versicherungsgewerbe
- Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen
- Datenverarbeitung und Datenbanken
- Forschung und Entwicklung
- unternehmensnahe Dienstleistungen
- Gesundheitswesen, sonstige persönliche bzw. konsumnahe Dienstleistungen

7.3 Struktur der Unternehmen nach Rechtsform

Die 4.498 befragten Unternehmen in Deutschland bevorzugen folgende Rechtsformen:

Tab. 36: Rechtsformen der befragten Unternehmen

■	Einzelkaufmann	26,3
	OHG	1,6
	KG	2,0
	GmbH & Co. KG	12,5
	GmbH	51,6
	AG	1,7
	Sonstige	3,5

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

7.4 Sitz des Unternehmens

Tab. 37: Sitz des Unternehmens

■	Schleswig-Holstein	3,9
	Hamburg	1,9
	Niedersachsen	8,6
	Bremen	1,3
	Nordrhein-Westfalen	24,1
	Hessen	10,6
	Rheinland-Pfalz	7,8
	Baden-Württemberg	11,4
	Bayern	15,1
	Saarland	1,7
	Berlin	2,0
	Mecklenburg-Vorpommern	1,6
	Sachsen-Anhalt	1,6
	Brandenburg	3,0
	Thüringen	2,7
	Sachsen	2,6

Angaben in % der Befragten

7.5 Betriebsgrößenordnung

Tab. 38: Anzahl der Beschäftigten

■	bis 5	27,0
	6 – 10	21,5
	11 – 20	19,6
	21 – 50	18,1
	51 – 100	6,7
	101 – 250	4,2
	251 – 500	1,4

Angaben in % der Befragten, Rest o. A.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung
Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171
Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2002, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e. V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 08. Oktober 2002